

Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen, JF) vom 25. März 2004: Kulturzentrum Reithalle: Kultur Ja, Antifa Nein: Abschreibung von Punkt 1

In der Sitzung vom 25. August 2005 behandelte der Stadtrat die folgende Motion Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen, JF) betreffend Kulturzentrum Reithalle: Kultur Ja, Antifa Nein:

Der „Antifaschistische Abendspaziergang“ vom Samstag, 20. März 2004 hat gezeigt, dass die Reitschule als alternatives Kulturzentrum von der militanten Antifa-Bewegung immer noch als Zufluchtsort betrachtet wird.

Nach Abschluss der Leistungsverträge für ein Kulturzentrum der Stadt Bern muss an einer klaren Trennung von solchen gewaltbereiten, politischen Gruppierungen eindeutig festgehalten werden. Die FDP hat den Verträgen mit den Zusatzvereinbarungen nur unter diesen Bedingungen zugestimmt.

Der Gemeinderat muss zum Schutz des Kulturzentrums ein Sicherheitsdispositiv erstellen, damit folgende Ziele erreicht werden können:

1. Tätigkeiten von gewaltbereiten Gruppierungen innerhalb der Reitschule sind während des ganzen Jahres zu verbieten und Aktivitäten sind umgehend zu unterbinden.
2. Unbewilligte und verummte Demonstrationen sind umgehend am Sammlungsort aufzulösen und die Organisationen sind strafrechtlich zu erfassen und zu verfolgen.
3. Die Deeskalationsstrategie hat versagt, wenn mit 600 Polizisten die Kontrolle über solche Demonstrationen nicht sichergestellt und Sachschäden am Weltkulturgut Stadt Bern und den Verkaufsgeschäften nicht verhindert werden können. Laut Vorsteherin der DSI werden mit dieser Strategie Sachschäden in Kauf genommen. Das kann nicht im Sinne der Bevölkerung der Stadt Bern sein.

Der Gemeinderat der Stadt Bern wird beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit das Kulturzentrum Reithalle gewaltbereiten Gruppierungen künftig verschlossen bleibt.

Bern, 25. März 2004

Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen, JF), Urs Jaberg, Hans Peter Aeberhard, Hans-Ulrich Suter, Karin Feuz-Ramseyer, Ueli Haudenschild, Christoph Müller, Markus Kiener, Rolf Häberli, Markus Blatter, Dolores Dana, Stephan Hügli, Thomas Balmer, Philippe Müller

Die in ein Postulat umgewandelten Punkte 2 und 3 der Motion wurden abgelehnt, Punkt 1 wurde vom Stadtrat als erheblich erklärt (SRB 306 vom 25. August 2005).

Bericht des Gemeinderats

Der als erheblich erklärte Punkt 1 der Motion verlangt vom Gemeinderat:

- Tätigkeiten gewaltbereiter Gruppierungen innerhalb der Reitschule zu verbieten und
- zum Schutz des Kulturzentrums Reitschule ein Sicherheitsdispositiv zu erstellen, um Aktivitäten gewaltbereiter Gruppierungen in der Reitschule umgehend zu unterbinden.

Die Anwendung von Gewalt ist wie überall auch in der Reitschule durch das allgemeine Recht verboten. Für die Reitschule speziell gilt zusätzlich deren von der Vollversammlung erlassenes Manifest. Das Manifest gehört zu den Grundlagen der Reitschule; die Grundlagen sind Bestandteil des Leistungsvertrags mit der Stadt. Das Manifest besagt in der bei Anschluss des Leistungsvertrags mit der Stadt gültigen Fassung: „Gewalttätigkeiten (...) müssen unter allen Umständen unterbunden und verhindert werden. Der Umgang in der Reitschule soll gewaltfrei sein. (...) Es muss alles unternommen werden, damit sich die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, reduziert“. In der revidierten Version vom 30. Januar 2006 enthält das Manifest die Grundsätze „Keine physischen, psychischen oder sexuellen Übergriffe“ und „Wir versuchen, Konflikte gewaltfrei zu lösen“. Zudem: „Jeder Mensch soll sich in der Reitschule frei bewegen und engagieren können, solange niemand anderes in seinen Freiheiten eingeschränkt wird oder die Grundsätze der Reitschule verletzt werden.“ Fazit: Es fehlt nicht an Gewaltverboten.

Und es bleibt nicht dabei. In den letzten zwei Jahren hat die IKUR Massnahmen beschlossen und auch ergriffen, um der Gewalt beizukommen. So wurde mehreren als gewaltbereit bekannten Personen Hausverbot erteilt und bei Verstössen Anzeige erstattet. Gewalttäter wurden der Polizei bekannt gegeben. Eine private Security sorgt mit spürbarem Erfolg für Sicherheit bei grossen Veranstaltungen. Eine Gruppe Opferhilfe kümmert sich um dennoch Geschädigte. Mit Aktionen vor dem Tor, Anschriften an Wänden und auf dem Boden werden die Grundsätze der Reitschule verbreitet. Und vor allem: Dank einer reibungslosen Zusammenarbeit der IKUR-Verantwortlichen mit der Stadtpolizei sind deren Eingriffe rascher und wirksamer. Dazu haben die regelmässigen Gespräche zwischen den Delegationen der Reitschule und der Stadtverwaltung wesentlich beigetragen. Fazit: Ein eigentliches Dispositiv, das sozusagen „auf Knopfdruck“ eingeschaltet werden könnte, besteht nicht. Aber die Abstimmung unter den Verantwortlichen der Reitschule und der Stadtpolizei ist soweit entwickelt und in Einsatzfällen erprobt, dass Gewaltausbrüche rasch bekämpft und eingedämmt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkt 1 der Motion abzuschreiben.

Bern, 28. März 2007

Der Gemeinderat